

Beschluss des Bundesvorstandes

7. Juni 2004, Berlin

Grüne

Weg vom Öl

Ziele – Wege – Maßnahmen

Der drastische Anstieg des Preises von Erdöl hat in Deutschland zu einer erneuten Debatte um die Zukunft dieses Energieträgers geführt. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben in der Vergangenheit bereits mehrfach für eine grundlegende Strategie „Weg vom Öl“ plädiert. Wir sehen gegenwärtig eine neue Chance für eine große gesellschaftliche Kraftanstrengung in diese Richtung. Wir treten dafür ein, dass unser Land durch koordinierte Anstrengungen vom Erdöl unabhängig wird. Dies braucht das Zusammenwirken von Staat und Wirtschaft sowie Verbraucherinnen und Verbrauchern.

Für eine solche Strategie sprechen aus unserer Sicht offenkundige ökologische Gründe. Die Umweltschäden bei der Förderung, beim Transport wie bei der Verbrennung von Erdöl und Erdölprodukten sind bekannt. Der Klimaschutz ist dabei das Thema mit der am weitesten reichenden Bedeutung. Dazu kommen handfeste ökonomische Gründe. Viele Analysten sind der Auffassung, die Welt überschreite zur Zeit oder in den unmittelbar vor uns liegenden Jahren das Maximum der Erdölförderung. Es kann sein, dass die fossile Energieversorgung in wenigen Jahren aus physikalisch geologischen Gründen massiv ins Wanken gerät. Aber auch wenn der Streit noch nicht zu Ende ausgetragen ist, ob die Ölvorkommen, deren Erschließung wirtschaftlich Sinn macht, bereits zur Neige gehen, ist überdeutlich, dass die Zeit des billigen Öls jedenfalls vorbei ist. Ein Anstieg des Rohölpreises um 10 Dollar pro Barrel kostet uns 0,5 Prozent Wachstum. Die ärmsten Länder müssen Öl-Mehrkosten tragen, die alleine die gesamte öffentliche Entwicklungshilfe auffressen. Der hohe Erdölpreis wird so zum weltweiten Entwicklungs- und Konjunkturrisiko. Auch sicherheitspolitisch ist eine Umorientierung angezeigt. Denn die ergiebigen Ölvorkommen ballen sich in Regionen mit besonders hohem Spannungspotential – im Krisenbogen von Nordafrika bis nach Mittelasien, in Westafrika und Venezuela. Die kombinierte sicherheitspolitische Herausforderung aufgrund von gefährdeter Versorgungssicherheit und Folgen des Klimawandels übertrifft andere globale Sicherheitsrisiken bei weitem. Zudem bietet die heutige zentrale Energieversorgung mit großen Kraftwerken eine viel größere Anfälligkeit für Terroranschläge als eine dezentral strukturierte Energieproduktion und -versorgung.

Wirtschaftspolitisch, umweltpolitisch und sicherheitspolitisch muß unser Land, wie Europa und die industrialisierten Länder insgesamt, auf Unabhängigkeit vom Öl setzen. Wer dies verweigert,



setzt die Zukunft auf's Spiel. Die Energieversorgung in der Bundesrepublik stützt sich zu etwa 40 Prozent auf Öl. Im Verkehrsbereich erreicht die Abhängigkeit fast 100 Prozent. Diese hohe Abhängigkeit macht uns besonders anfällig und verpflichtet uns deshalb zum Handeln.

Wo wir ansetzen müssen

Verwendet wird Öl in Deutschland vor allem im Verkehrssektor, zur Wärmeerzeugung in Privathaushalten und öffentlichen Gebäuden sowie als Grundstoff in der chemischen Industrie. Jeglicher Verkehr von Personen wie Waren, zu Wasser, zu Lande und in der Luft, beruht heute ganz überwiegend auf Erdöl. Erdöl schafft uns warme Wohnungen. Erdöl ist die Basis für hunderttausende von Kunststoffprodukten des täglichen Lebens. Erdöl ist die wichtigste Basis für Kleidung und Textilien. Dünger aus Erdöl kennzeichnet den Großteil unserer Landwirtschaft. Zur reinen Stromerzeugung wird Öl bei uns kaum noch eingesetzt. Strategien „Weg vom Öl“ müssen also vor allem beim straßengebundenen Personen- und Güterverkehr, bei der Modernisierung und dem Neubau von Gebäuden sowie bei der stofflichen Basis der Chemieindustrie ansetzen.

Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN liegt die Alternative zur Abhängigkeit vom Öl in den „Drei E“ – in dem Dreiklang von Einsparung, Effizienzsteigerung und den Erneuerbaren. Mittel- und kurzfristig liegen enorme Potenziale bei der Energieeinsparung. Langfristig liegt das größte Potential in den Erneuerbaren Energien, weil sie mehr als unseren gesamten Energiebedarf decken können.

Die Behauptung der Opposition, der Ölabhängigkeit könne mit vermehrter Kernkraftnutzung begegnet werden, ist, von den Risiken der Atomenergieverwendung und -endlagerung einmal ganz abgesehen, ein typisches Ablenkungsmanöver. Die Verlängerung der Laufzeiten von Atomkraftwerken nach Belieben der Betreiber, wie von der Opposition gefordert, ist absurd. Für die Haupteinsatzgebiete von Öl, nämlich Verkehr, Raumwärmeerzeugung und Chemische Industrie, kann Atomkraft keinen adäquaten Ersatz bieten. Zudem ist der Kernbrennstoff selbst eine noch schneller endliche Ressource als Öl und wäre bei einer einmal angenommenen Verdoppelung der Energieerzeugung durch AKW bereits in 35 Jahren erschöpft. Ebenso wenig nutzt ein Verweis auf Kohle. PkW und LkW werden nicht mit Kohle gefahren. Das Experiment Kohleerflüssigung ist in den 80er Jahren aufgegeben worden. Und Heizungen werden, ökologisch ein Glück, weitgehend nicht mehr mit Kohle befeuert.

Unsinn ist die Forderung, wegen des hohen Ölpreises die Mineralölsteuer oder die Ökosteuer zu senken. Gerade erst hat das Statistische Bundesamt deutlich gemacht, dass die Ökosteuer die beabsichtigte Lenkungswirkung entfaltet. Die Ökosteuer hat wesentlich dazu beigetragen, dass die CO₂-Emissionen im Verkehr wieder zurückgehen, nachdem sie 1990-1999 um 15 Prozent gestiegen waren. Sie hat auch dazu beigetragen, unsere Öl-Abhängigkeit ein Stück zu verringern. Außerdem würde eine Abschaffung der Ökosteuer zu einem Anstieg der Rentenversicherungsbeiträge von 19,5 auf 21,2 Prozent führen – also fast um 10 Prozent. Das wäre ein Jobkiller par excellence.

Unser Land hat in den rot-grünen Regierungsjahren große Fortschritte gemacht bei den Erneuerbaren Energien. Damit haben wir für eine generelle Strategie „Weg vom Öl“ gute Voraussetzungen geschaffen. Nun dürfen Politik, Wirtschaft und Gesellschaft bei weiteren Schritten nicht zögern, denn andere Länder haben angefangen, ebenfalls in diese Richtung zu drängen. Blieben wir stehen, würden wir Zukunftschancen gerade auch wirtschaftlicher Art verspielen. Großbritannien hat begonnen, die Ölabhängigkeit und die Klimapolitik als strategische Herausforderungen anzugehen. John Kerry, der demokratische Präsidentschaftskandidat in den USA, hat in seinem Wirtschaftsprogramm das Ziel gesetzt, binnen 10 Jahren die Abhängigkeit der USA vom Erdöl aus der Golfregion zu beenden. Der Ölimport der USA aus dieser Region entspricht mit 2,5 Mio. Barrel pro Tag in etwa dem deutschen Gesamtverbrauch an Erdöl. Kerry will sein Ziel vor allem durch den Ausbau der Erneuerbaren Energien erreichen. Die US-Chemiewirtschaft hat sich bereits zum Ziel gesetzt, bis 2020 etwa 20 Prozent aller erdölbasierten Chemieprodukte

durch nachwachsende Rohstoffe zu ersetzen. Auch Deutschland muss sich im Dialog von Politik, Konsumenten, Wissenschaft und Wirtschaft entsprechende Ziele setzen.

Maßnahmen im Bereich Gebäudesanierung und Neubau

- (1) Im Gebäudebereich liegen sehr große Potenziale zur Reduzierung von Ölverbrauch und Kohlendioxidemissionen sowie zur Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen im Bauhandwerk. Wir wollen die Rate der jährlichen Altbausanierung deutlich erhöhen. Die heutige Förderpraxis des Bundes ist quantitativ wie qualitativ nicht ausreichend und sollte hinsichtlich ihrer Anreizwirkung deutlich verbessert werden. Wir gehen davon aus, dass ein besser ausgestattetes und attraktiveres Altbausanierungsprogramm einen hohen Selbstfinanzierungseffekt hat, da so erhebliche private Investitionsmittel mobilisiert und Steuereinnahmen erzielt werden. Wir schlagen vor, das heutige Volumen der Altbausanierung des Bundes von 360 Mio. Euro auf 720 Mio. Euro zu verdoppeln und auf eine direkte Förderung umzustellen statt zinsvergünstigte Kredite zu vergeben. Diese Mittel können durch Umschichtungen im Haushalt des Bau- und Verkehrsministeriums erbracht werden.
- (2) Wir wollen, dass das Marktanzreizprogramm der Bundesregierung für solarthermische und Biomassenanlagen so umgestaltet wird, dass ein stärkerer Anreiz zum Ersatz von Ölheizungen gegeben wird. Zusätzliche Mittel sind dafür zunächst nicht erforderlich.
- (3) Jedes Gebäude soll in Zukunft einen Energie-Pass bekommen, so dass sich Käufer und Mieter ein realistisches Bild über den Energieverbrauch von Immobilien und Mietwohnungen verschaffen können. Steigende Ölpreise werden dazu führen, dass gut gedämmte Gebäude mit moderner Heizungstechnik im Wert steigen.
- (4) Die öffentliche Hand ist Eigentümerin zahlreicher Gebäude und sollte bei der energetischen Modernisierung eine Vorreiter- und Vorbildrolle einnehmen. Dies entlastet mittelfristig auch die öffentlichen Haushalte von Betriebskosten. Vor allem gilt es, innovative Finanzierungskonzepte wie das Contracting zu nutzen, wo die eingesetzten Investitionsmittel durch die vermiedenen Energiekosten getilgt werden.
- (5) In Schulen und Hochschulen gilt es, das Klimaschutzengagement von Schülerinnen und Schülern sowie Studierenden zu nutzen, um erfolgreiche Projekte wie „Öko-Profit“ oder „Fifty-Fifty“ zu starten. Wenn das durch Energieeinsparung frei werdende Geld in Bücher oder Unterrichtsmaterialien gesteckt wird, haben alle etwas davon.
- (6) Handwerkskammern, Architektenkammern und örtliche Banken wie Sparkassen und Volksbanken können sich noch wesentlich stärker im Bereich Energieeinsparung und Klimaschutz engagieren. Sie haben den direkten Zugang zu den entscheidenden Akteuren: Handwerkern, Bauherren und Hausbesitzern. Das vorbildliche Engagement von Verbraucherzentralen und Energie-Agenturen in Sachen Energieeinsparung und Erneuerbare Energien gilt es auf eine sichere finanzielle Basis zu stellen.
- (7) Der Neubau von Häusern, die keine Energie mehr verbrauchen oder mehr Energie erzeugen als verbrauchen, ist technologischer Standard. Er soll in der öffentlichen Förderung zur Voraussetzung gemacht werden. Wir wollen ein Förderprogramm zur Errichtung von Passivhäusern und Energie-Plus-Häusern mit 30.000 Wohneinheiten auflegen.
- (8) Wir wollen ein Wärmegesetz für Erneuerbare Energien nach dem Vorbild des EEG erarbeiten. In Kombination mit dem Ausbau der Nutzung von Biomasse in Blockheizkraftwerken sollen kleine Nahwärmenetze entstehen, die es ermöglichen, dass auch die Solarthermie eine zunehmende Rolle bei der Wärmebereitstellung spielt. Die Geothermie wird in den nächsten Jahren einen erheblichen Beitrag leisten. Die gleichzeitige Abwärmenutzung wird einen Ersatz von Erdölheizenergie schaffen.

Maßnahmen im Bereich Verkehr

- (9) Die deutsche Automobilindustrie erhebt den Anspruch, eine sehr innovative Branche zu sein. Diese unzweifelhafte Innovationsfähigkeit hat sie in der Vergangenheit aber nicht ausreichend in den Dienst von Energieeinsparung und Klimaschutz gestellt. Das, was die Ingenieure an Verbesserung motorischer Effizienz erreicht haben, ist durch mehr Gewicht und Zusatzausstattungen weitgehend wieder aufgefressen worden. Diesen Trend gilt es zu brechen. Das Lamento, sparsame Autos verkauften sich nicht, ist nicht glaubwürdig, wenn gleichzeitig das ganze Marketing auf schwere und PS-starke Karossen sowie hohe Geschwindigkeiten ausgerichtet ist. Wir setzen bei der Ökologisierung des Autos auf eine ganze Palette von technischen Innovationen: weitere Effizienzsteigerungen in der Motorentchnik, Hybridantriebe, Brennstoffzellen. Wir erwarten von der deutschen Automobilindustrie, dass sie ihre freiwillige Selbstverpflichtung einhält, für die neuen Flotten bis 2008 einen Durchschnittsverbrauch von 6 Litern auf 100 km sicher zu stellen. Anschließend müssen wir aber auch von diesem Niveau deutlich herunter kommen. Bis 2010 soll der Durchschnittspritverbrauch auf 5 Liter/100 km (120 Gramm CO₂ pro Kilometer) begrenzt werden, bis 2015 auf 3 Liter/100 km. Bis 2020 soll der Verbrauch erdölbasierter Kraftstoffe um 40 Prozent gesenkt werden.
- (10) Wir wollen das Instrumentarium der Steuer- und Abgabenpolitik konsequent nutzen, um Energieeinsparung und Erneuerbare Energien auch im Verkehrssektor zu fördern. Mit der Ökosteuer und der bis 2009 befristeten Steuerbefreiung für Biokraftstoffe sowie einem günstigen Steuersatz auf Erdgas bis 2020 haben wir hier bereits wichtige Schritte getan. Wir wollen die Ökologische Steuerreform fortsetzen, auch wenn die Steuersätze nicht erhöht werden. Wir werden unsere Vorstellungen zur weiteren Ausgestaltung noch in diesem Jahr präsentieren. Im Vorfeld werden wir den umfassenden Dialog mit Umweltverbänden, Wissenschaft, Gewerkschaften und Wirtschaft suchen.
- (11) Vorrangig ist für uns jetzt die Aufhebung der Wettbewerbsverzerrung zwischen Schienen- und Luftverkehr in Europa. So wie in vielen europäischen Ländern wollen wir auf Bahntickets im Fernverkehr zukünftig nur noch den halben Mehrwertsteuersatz erheben, um das Bahnfahren attraktiver zu machen. Bahnpreise können so um 10 Prozent sinken. Gegenfinanziert werden soll dies durch die Erhebung einer Mehrwertsteuer auf Flugtickets für innereuropäische Flüge. Mit dieser Maßnahme würden die Privilegien des Luftverkehrs mindestens teilweise abgebaut. Gleichzeitig wird die Bahn dabei unterstützt, ihre ambitionierten Klimaschutzziele – Senkung des CO₂-Ausstoßes 2002-2020 um 15 Prozent – zu realisieren.
- (12) Soziale Systeminnovationen im Verkehr – car sharing, car pooling, Mobilcard – sollen die Attraktivität des umweltfreundlicheren Öffentlichen Verkehrs steigern. Das Dreiliterauto ist auf der Straße leider immer noch eine Rarität. Auf der Schiene sind Zweiliterfahrzeuge hingegen die Regel und der Bus ist durchschnittlich besetzt schon heute ein Einliterauto. Weg vom Öl heißt deshalb auch hin zu öffentlichen Verkehrsmitteln Öffentliche Verkehrsmittel und der Öko-Verbund sind ölsparende Verkehrsmittel, sie verbrauchen für das selbe Verkehrsaufkommen mindestens 50% weniger Öl.
- (13) Das Einsparpotential durch Fahrerschulung ist sehr genau bekannt. 15 Prozent sind unter Idealbedingungen machbar, 10 Prozent im Durchschnitt realistisch. Entscheidend ist: ein moderner Fahrstil reduziert den Spritverbrauch ohne Zeit- oder Geschwindigkeitsverluste durch Nutzung der modernen Motortechnik.
- (14) Wir wollen die KfZ-Steuer nach ökologischen Kriterien umstellen und sie stärker am Energieverbrauch sowie am Kohlendioxid- und Schadstoffausstoß orientieren. Die Privilegierung der tonnenschweren und Sprit schluckenden „Sport Utility Vehicles“ (SUVs) im Rahmen der KfZ-Steuer muß umgehend beendet werden. Dagegen soll die schnelle Einführung des Dieselpartikelfilters mit Hilfe der KfZ-Steuer so bald wie möglich beginnen. Unser Ziel ist die Umstellung der Steuerbasis vom Hubraum auf den Energieverbrauch.

- (15) Der Ersatz von Mineralöl durch Biotreibstoffe bietet für die Landwirtschaft und den Klimaschutz eine interessante Perspektive. Dies sieht auch die EU-Kommission so, die für nationale Ziele wirbt. Die EU verlangt einen Biokraftstoffanteil von 2 Prozent 2005 und 5,75 Prozent 2010. Wir halten für 2010 einen Anteil der Biotreibstoffe von bis zu 10 Prozent am gesamten Kraftstoffverbrauch für möglich. Durch die befristete Steuerbefreiung für diese Kraftstoffe haben wir hier einen starken Anreiz gesetzt. Wir fordern die EU-Kommission auf, einen Aktionsplan zum Ausbau der Energiegewinnung aus Biomasse zu erstellen. Für Biokraftstoffe wie für Erdgas wollen wir uns für eine europäische Markteinführungsstrategie einsetzen.
- (16) Solarer Wasserstoff ist der Kraftstoff der Zukunft. Die Entwicklung der Wasserstoffwirtschaft wird in der EU in den kommenden 10 Jahren mit 2,8 Mrd. Euro gefördert. Angesichts der Fortschritte der Forschungs- und Entwicklungsarbeiten vor allem in Japan und den USA darf Deutschland nicht den Anschluß verlieren. Da die Wasserstofftechnik im Verkehrsbereich noch nicht reif ist für den Massenmarkt, kann Erdgas der Energieträger für eine Übergangsstrategie sein.

Nachwachsende Rohstoffe, Innovationen in der Chemie

- (17) Die deutsche Chemieindustrie wird ohne ähnliche Zielvorstellungen wie die in den USA ihre Wettbewerbsfähigkeit nicht sichern können. Wir suchen daher den Dialog zwischen chemischer Industrie und ökologischer Politik. Wir wollen, dass Nachwachsende Rohstoffe in der Chemieindustrie den Grundstoff Erdöl zu einem guten Teil ablösen. Es besteht eine breite Palette der Verwendungsmöglichkeiten Nachwachsender Rohstoffe, z.B. Tenside in Wasch- und Reinigungsmitteln, Klebstoffe, Lacke, Hydrauliköle und Schmierstoffe, natürliche Duft- und Aromastoffe in Kosmetika, Biopolymere oder naturfaserverstärkte Werkstoffe. Von den für 2010 von der Expertengruppe „Renewable Raw Materials“ bei der EU-Kommission geschätzten Verwendungspotentialen werden derzeit in der EU-15 bei den Polymeren erst 5 Prozent und bei Lösungsmitteln erst 25 Prozent genutzt.
- (18) Erneuerbare Energien und Nachwachsende Rohstoffe erlauben der Landwirtschaft die Entwicklung zusätzlicher Wertschöpfung. Auf 8,5 Prozent der Ackerfläche in Deutschland wurden 2003 nachwachsende Rohstoffe erzeugt. Es ist darauf zu achten, dass es nicht zu Konflikten mit dem Natur- und Umweltschutz kommt, denn pestizid- und düngemittelintensive Monokulturen wollen wir nicht fördern.
- (19) Das neue Forschungsprogramm der Bundesregierung muss auf die Erdölausstiegsstrategie ausgerichtet werden. Die Forschung und Entwicklung im Bereich Erneuerbare Energien und Nachwachsende Rohstoffe in Deutschland muss erheblich aus geweitet werden. Das Bundesumweltministerium gibt gegenwärtig im Bereich Erneuerbare Energien etwa 62 Mio. Euro für Forschung und Entwicklung aus, das Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft fast 20 Mio. Euro. Diese Mittel müssen deutlich aufgestockt werden. Dabei soll die energetische und stoffliche Nutzung von Biomasse ein Schwerpunkt sein. Wir fordern die EU-Kommission auf, in den EU-Forschungsprogrammen die Forschungsförderung im Bereich der Nachwachsenden Rohstoffe – im laufenden 6. Rahmenprogramm und im zukünftigen 7. Rahmenprogramm – zu verstärken.
- (20) Wir schlagen die Gründung einer Forschungsgemeinschaft Erneuerbare Energien für den Mittelstand nach dem Vorbild der Arbeitsgemeinschaft Industrieller Forschung (AIF) vor.

(Einstimmiger Beschluss)